

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 100 (2006)
Heft: 1

Buchbesprechung: Bücher : teilen statt räubern

Autor: Steiger, Hans

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Angeklagt wegen Mordes

In der Diskussion literarischer Werke wird gelegentlich über eine Autorin oder einen Autor gesagt, sie oder er schreibe immer am gleichen Buch. Ohne negativen Beiton, auf ein markantes, das Schaffen prägendes Anliegen verweisend. Ähnliches liesse sich zumindest zu den jüngeren Publikationen von *Jean Ziegler* feststellen. Anklagen gegen den täglich für unzählige Menschen mörderisch wirkenden *Raubtierkapitalismus* durchziehen die Texte des linken Agitators – verstanden im besten Sinne des Wortes. Aber auch wer seine Haltung kennt und teilt, also die in «Das Imperium der Schande» enthaltenen Kerninformationen vielleicht nicht braucht, sollte das Buch lesen. Und weitergeben. Denn die Energie des jetzt über Siebzigjährigen kann nach wie vor ansteckend wirken. Zudem scheint mir seine Argumentation hier klarer gegliedert als auch schon.

«Aufklärung» wird im Vorwort des jüngsten Buches, an die Französische Revolution anknüpfend, postuliert. Danach werden die wirklichen «*Massenvernichtungswaffen*» unserer Zeit benannt: die Verschuldung und der Hunger. «Die Völker der armen Welt arbeiten sich zu Tode, um die Entwicklung der reichen Länder zu finanzieren» – dort profitieren davon notabene «insbesondere die herrschenden Klassen». Äthiopien und Brasilien sind die zwei Staaten, an denen der *UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung* das mit Fakten sowie eigenen Eindrücken eindringlich exemplifiziert. Und im Schlussteil zeigt er auf, dass eine eigentliche «*Refeudalisierung der Welt*» im Gang ist. Aushungerer, Spekulanten und Gauner, wie etwa ein Marat sie angeprangert hatte, kehrten zurück. Heute sind es «kapitalistische Feudalsysteme», die global herrschen. Weltweit kontrollieren die rund 500 grössten transkontinentalen Gesellschaften die Hälfte des Bruttosozialproduktes. Ihr kumulierter Reichtum ist grösser als die Guthaben der 133 Länder im unteren

Hans Steiger

Teilen statt räubern

Weltweit wird ein Kampf gegen die Armut geführt. Offiziell. Die im Jahre 2000 in der UNO gesetzten Millenniumsziele sind nach wie vor Richtlinie der Vereinten Nationen. Von den reichen Industrienationen werden 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für öffentliche Entwicklungshilfeleistungen erwartet. 2015 spätestens müsste das wiederholt gegebene Versprechen eingelöst sein. Doch die Zwischenbilanz sieht schlecht aus, wie Bücher von Jean Ziegler und Jeffrey D. Sachs belegen: «Das Imperium der Schande» und «Das Ende der Armut». Wenn die globale Entwicklung zudem zukunfts-tauglich sein soll, ist mehr als Geld nötig: Ein neues ökonomisches und ökologisches Denken wäre gefragt. «Fair Future», der jüngste Report des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie zeigt die Richtung. haste

Teil einer durch die UNCTAD erstellten Skala. Ziegler sieht bei der heutigen Form unseres Wirtschaftens durchaus «Wohltaten» für Privilegierte, die sich deren Erzeugnisse und Dienstleistungen leisten können. Doch der Antrieb zur Anhäufung grösstmöglicher Gewinne hat katastrophale Folgen.

Eines von vielen Bildern, mit denen der Autor seine Zahlen und Fakten in praktischen Alltag übersetzt, ist jenes der *Mütter*, «die abends in einem Topf Wasser zum Kochen aufsetzen und Steine hineinlegen». Das komme in brasilianischen Armutsvierteln häufig vor. «Das Essen

Jean Ziegler: Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung. Bertelsmann, München 2005, 320 Seiten, CHF 34.90



ist gleich fertig», wird den weinenden Kindern gesagt, in der Hoffnung, dass sie bald einschlafen. «Kann man die Scham erlassen, die eine Mutter gegenüber ihren vom Hunger geplagten Kindern empfindet, die sie nicht ernähren kann?» Solches lässt sich leicht als Sentimentalität wegschieben; «allerlei Theorien und fadenscheinige Ideologien verdunkeln das Bewusstsein der Männer und Frauen guten Willens in der westlichen Welt». Die derzeitige Weltordnung soll unänderlich scheinen, denn «dieser Glaube hindert sie daran, die Schande, die sie tief im Inneren verspüren, in Aktionen der Solidarität und der Revolte umzuwandeln». Wenn auf der anderen Seite die vom Gefühl der Unwürdigkeit gelähmten Menschen der Dritten Welt entdeckten, «dass weder der Hunger noch die Verschuldung unvermeidlich sind», zeige die *Fatalität erste Risse*. Opfer werden Akteure. Mit seinem Buch möchte Ziegler «dazu beitragen, diesen Prozess in Gang zu setzen».

Zieglers unverdächtiger Zeuge

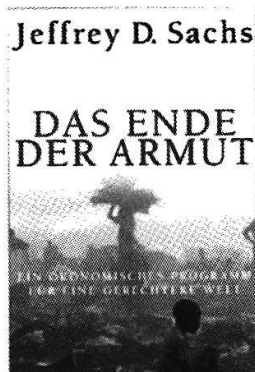
«Obwohl Malaria heilbar ist, sterben daran unglaublicherweise alljährlich noch immer bis zu drei Millionen Menschen, zumeist kleine Kinder, von denen 90 Prozent in Afrika leben», stellt Jeffrey D. Sachs fest. Er ist als Berater im Rahmen des so genannten *Millenniumsprojekts* gleichfalls für die Vereinten Nationen tätig und sah sich dabei erstmals direkt mit dem Fragenkomplex von Armut, Hunger und Krankheit konfrontiert. Zuvor ging der US-Ökonom davon aus, «dass alles, was zur Bekämpfung der Malaria getan werden konnte, bereits getan wurde». Er war «schockiert». Die reichen Länder unterstützten Afrika bei diesem Effort «mit ein paar läppischen zehn Millionen Dollar pro Jahr – zwei bis drei Milliarden wären nötig gewesen». Die entsprechenden Programme fehlten auf der politischen Agenda. «IWF und Weltbank waren offensichtlich so damit beschäftigt, auf Haushaltskür-

zungen und die Privatisierung von Zuckerfabriken zu drängen, dass ihnen kaum Zeit blieb, sich mit der Malaria zu befassen.» Mit spürbarer Wut fordert Sachs die Einhaltung der 2002 von allen 191 UNO-Mitgliedstaaten bestätigten Millenniumsverpflichtung, in der «nach Jahren völliger Gleichgültigkeit» auch weltweite Kraftanstrengungen im Kampf gegen Aids, Malaria und Tuberkulose enthalten waren.

Dies eines der vielen Beispiele, die ebenso gut bei Jean Ziegler stehen könnten. Doch die *Grundhaltung* von Sachs widerspricht diesem diametral. BP, Shell und ExxonMobil sind für ihn wie Pfizer oder Merck primär brave Geschäftstätige. Nicht sie legen ja die *Spielregeln* fest. Es ist «an den Regierungen, die richtigen Regeln zu setzen», damit internationale Grossunternehmen «ihre wichtige Rolle bei der Problemlösung» erfüllen. Die haben «modernste Techniken, verfügen über exzellente Forschungsabteilungen sowie über organisatorische und logistische Strukturen», die denen der öffentlichen Institutionen «meist überlegen sind». Sie wüssten Aufgaben effizient zu erledigen, wenn sie die richtigen Anreize bekommen. Das wirkt seltsam naiv für einen, der – wie uns der Verlag wissen lässt – Regierungen «rund um den Globus» beraten hat. Es gebe «keine massgebliche internationale Organisation im Bereich der Entwicklungsökonomie, für die Sachs nicht tätig gewesen ist».

Preis für eine bessere Zukunft?

Armut nahm Sachs vor allem in *Afrika* wahr. Wobei wohl seine Frau, der er sein Buch widmet, als Ärztin zum sensibleren Blick beitrug. Nach einem Jahrzehnt kann er «aus eigener Anschauung bezeugen», dass die Not der Menschen wenig mit Korruption oder gar Faulheit zu tun hat. Auch «vergleichsweise gut und verantwortungsvoll regierte Staaten» stagnieren. Hier sei Hilfe gefordert. Fast ohne Vorbehalt plädiert er für *Schuldenerlass*, und er prangert an, dass die



Jeffrey D. Sachs: Das Ende der Armut. Ein ökonomisches Programm für eine gerechtere Welt. Siedler, München 2005, 477 Seiten, CHF 42.00

Industrieländer offiziell seit 35 Jahren ihre Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts erhöhen wollen, ohne das Versprechen einzulösen. «Gemessen an jedem relevanten Massstab» wäre das wenig. Man könnte diese Mittel «zwei prall gefüllten Schatullen» entnehmen: dem aufgeblähten Verteidigungshaushalt sowie «den Taschen der Superreichen, deren Jahreseinkommen das der Ärmsten der Armen zehntausendfach übertrifft». Das nicht zu tun, vermittele den Armen die Botschaft: «Ihr seid nichts wert!» Wenn wir dafür «später Sturm ernten», dürfe uns dies nicht überraschen.

So echt seine Empörung wirkt, so wenig überzeugt, was dieser Autor mit dem hohen Anspruch, ein «Programm für eine gerechtere Welt» vorzulegen, über Notmassnahmen hinaus unter Hilfe versteht. Offensichtlich hat sein klassisch ökonomisches Denken sich hier kaum gewandelt. Entwicklung ist für ihn *technischer Fortschritt und Wachstum*. «Das neue am modernen Wirtschaftswachstum» sei, dass es kein Nullsummenspiel wäre: «In diesem Spiel kann vielmehr jeder dazugewinnen.» Sogar dem Kolonialismus hält er einen «Dominoeffekt des technischen Wandels» zugute. «Trotz der Brutalität und des Leids in den Regionen, die man der Kolonialherrschaft unterworfen hatte, begann der Lebensstandard in vielen Teilen der Welt zu steigen.»

Manchmal wirkt Sachs fast zynisch. Er sieht die *schlimmen Arbeitsbedingungen* junger Frauen, die in Bangladesch billige Textilien produzieren, aber für ihn sind «die Arbeitsplätze in den Ausbeuterbetrieben die erste Sprosse» auf einer Leiter, welche aus der extremen Armut herausführt. Sie widerlegen, dass das Land «ein hoffnungsloser Fall» ist. Geradezu ins Schwärmen kommt er beim Anblick anderer Frauen, die in Indien «mit flinken Fingern» die Krankenblätter von Patienten ausfüllen, die mehr als 15 000 Kilometer entfernt in einer Klinik liegen. Zwar entspreche der Lohn

vielleicht einem Zehntel dessen, was die Schreibkraft in Chicago verdiene, doch er «übersteigt das Einkommen eines einfachen indischen Industriearbeiters um mehr als hundert Prozent». Ja, ein Landarbeiter bekäme sogar nur ein Achtel davon. Welch ein Fortschritt!

Ein menschlicher Kapitalismus?

Sachs billigt den *Globalisierungskritikern* zu, dass sie vieles in Bewegung gebracht hätten, und «ihr moralischer Eifer» sei ihm «allemaal lieber als die Selbstgefälligkeit der Reichen». Doch ihre Diagnose sei falsch. So wurzelten etwa Afrikas Probleme «nicht in der Ausbeutung durch globale Investoren, sondern in der wirtschaftlichen Isolation». China, Indien und viele weitere Länder, die sich dem Welthandel öffneten, kamen dank Direktinvestitionen und Exporten «zu einem beispiellosen Wachstumsschub». Der habe die Zahl der in Armut lebenden Menschen verringert.

Sachs bedauert eine heute verbreitete «reflexartige Ablehnung des Kapitalismus». Es liesse sich der Glaube an die *Macht der Märkte* durchaus mit der *Einsicht in deren Grenzen* verbinden. Mängel wären «durch geeignetes kollektives Handeln auszugleichen». Nach seiner Meinung schätzen Globalisierungsgegner «die Möglichkeiten eines Kapitalismus mit menschlichem Antlitz zu pessimistisch ein». Natürlich sei es falsch, wenn «Konzerne bei der Steigerung des Aktionärsvermögens oft weit über das hinausgehen, was der Markt von ihnen verlangt», oder dass sie durch politische Einflussnahme «die Spielregeln selbst festzulegen» versuchen. Aber umgekehrt würden globale Umweltkrisen oder eine Aids-Epidemie nicht damit gelöst, «dass man die führenden Energie- und Pharmakonzerne zum Buhmann macht». Treuherzig postuliert er weltweite Bewegungen für eine «aufgeklärte Globalisierung». Von den USA erwartet er, dass sie sich von gefährlichen «unilateralen Grossmachtträumen» ver-

abschieden. Was die Neokonservativen anstreben, sei «ein Hirngespinnst». Mit scharfen Worten wendet er sich gegen den *Militarismus der Regierung Bush*.

Es sind nicht zuletzt solche Passagen, die das Buch des US-Amerikaners im Sinne einer *Zeugenaussage* lesenswert machen. Das vor allem in Verbindung mit dem von Ziegler, welches in zentralen Punkten korrigierend zu wirken vermag: «In der Ordnung des globalisierten Kapitalismus, der dank Hunger und Schuld prosperiert, sind die Handlungsmöglichkeiten beschränkt.» Für die Gewinner sei es «wenig verlockend, den Weg des Mitgefühls einzuschlagen». Wenn sich menschliche Solidarität durchsetzen soll, verlange das eine grundsätzliche Wende, eine neue Revolution. Bei einem Seitenblick auf vermeintliche Fortschritte, die von der Biotechnologie im Kampf gegen den Hunger kommen sollen, erkennt Ziegler dort eher den alten Traum, «die unlautere Konkurrenz des Lebendigen zu eliminieren». Natur und Leben produzieren und reproduzieren kostenlos Pflanzen, Menschen, Nahrung, Luft, Wasser und Licht – «für den Kapitalisten ein unerträglicher Sachverhalt. Für ihn kann es keine öffentlichen Güter im strengen Sinn des Wortes geben.» Sie stören das Geschäft.

Gegen die Ökologievergessenheit

Ja, auch in diesem Bereich bedarf das Programm von Jeffrey D. Sachs dringend einer Ergänzung, obwohl der Autor heute in leitender Funktion am Earth Institut der Columbia Universität selbst mit ökologischen Aspekten konfrontiert ist. Wie wäre unsere Welt gerechter und auf lange Sicht zukunftsfähig zu gestalten? «Fair Future», der neue Report des *Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie*, bezieht die Frage begrenzter Ressourcen in seine Modellskizze mit ein. Schon vor fast zehn Jahren legte das Institut mit seiner Studie für ein «Zukunftsfähiges Deutschland» einen markanten «Beitrag zu einer global nachhaltigen Ent-

wicklung» vor. Damals attestierte der «Spiegel» dem Werk «gute Chancen, zur grünen Bibel der Jahrtausendwende zu werden». Doch leider blieb der technokratischere und politisch gefälligere Bestseller zum «Faktor vier», mit dem *Ernst Ulrich von Weizsäcker* doppelten Wohlstand bei halbiertem Naturverbrauch versprach, debattenbestimmend.

Die neueste, wiederum höchst lesenswerte Publikation des Instituts legt sich auf einen «Faktor 10» fest. Die reichen Länder – eingeschlossen Konsumeliten in aller Welt – müssten beim *Ressourcenverbrauch* zwingend «von ihrem zu hohen Niveau herunterkommen». Er hat zur Jahrhundertmitte auf ein *Zehntel von 1990* zu sinken. «Es sei denn, es liessen sich haltbare Technologien der CO²-Entsorgung entwickeln.» Mit diesem kleinen Halbsatz meldet sich zwar die Machbarkeitsfraktion im grossen Team der Autorinnen und Autoren noch einmal zu Wort, doch die zentrale Botschaft des von allen gemeinsam verantworteten Textes bleibt unmissverständlich: Nur ein Modell, das Ökologie und Gerechtigkeit kombiniert, hat wirklich Zukunft. «Es beginnt mit der Einsicht in die Endlichkeit des Umweltraums und endet mit seiner fairen Aufteilung unter den Bürgerinnen und Bürgern der Welt.»

Vor drei Jahren lautete die Ausgangsfrage für die Studie: «Welche Globalisierung ist zukunftsfähig?» Sie sollte nicht zuletzt auch gegen die «*Ökologievergessenheit*» vieler *Globalisierungskritiker* wirken, diese an zentrale Themen erinnern, «die immer wieder kollektiver Verdrängung anheimfallen» und ins Licht rücken, «was jeder zwar ahnt, aber wofür niemand sich so richtig zuständig fühlt». Vorübergehend, etwa im Umfeld des Umweltgipfels in Rio, stand das Problem eines würdigen Auskommens von immer mehr Menschen bei begrenzten Naturressourcen im Zentrum aller Debatten.

Sogar in der Präambel zum WTO-Vertrag taucht die Formel von der «nachhal-

tigen Entwicklung» auf. Doch sie hatte weitgehend rhetorischen Charakter. Der installierte Ausschuss für Handel und Umwelt sorgt sich eher um Auswirkungen von Umweltschutzmassnahmen auf den freien Wettbewerb. Länder des Südens wehren sich gegen Umweltregeln, weil sie damit Vorteile auf dem Weltmarkt dahinschmelzen sehen. Klima- und Biodiversitäts-Konventionen spielen beim Seilziehen um die Welthandelsordnung kaum eine Rolle. «Umweltverträge finden auf einem anderen Planeten statt.» Darum wäre eine WTO, «die sich als Motor für Fairness und Umwelt versteht», *neu zu erfinden*. Mit ihrer heutigen Logik leite sie «die Herrschaft der globalen Wettbewerbswirtschaft über die örtlichen Eigen-, Markt- und Gemeinwirtschaften ein» und zerstöre die für kleinräumige Wirtschaftsstile erwünschte ökonomische Pluralität.

Ein globales Öko-Bonus-System

Was das «Fair Future»-Modell auf der Basis unzähliger Studien, Daten und Zahlen als Zukunftsperspektive zeigt, ist auf Seite 159 schön in zwei einfachen Kurven zu sehen: ein für Industrie- und Entwicklungsländer deutlich fallend bzw. leicht ansteigend in den «gemeinsamen Zielkorridor» eingepegelter Naturverbrauch. Der dafür skizzierte, nicht einfache Weg liesse sich vielleicht als ein *globales Öko-Bonus-System* bezeichnen. Emissionsrechte und Ressourcendividende sind Stichworte dazu, oder *Fair Trade* mit internationalen Labels, gezielter Rückbau von Überverbrauch. Wer das durchsetzen soll? *Europa!* Derzeit mutet vielleicht das Schlusskapitel, in dem die Europäische Union als «kooperative Weltmacht» gegen eine rein machtpolitisch operierende USA gestellt wird, am utopischsten an. Aber womöglich ist der Zeitpunkt für die Debatte jetzt nicht schlecht. Denn «gerade die brüchige Integration» spreche für eine Vorreiterrolle. Für die wirksame Förderung erneuerbarer Energien zum Beispiel «bräuchte es nicht

mehr als eine Handvoll Industrieländer, die einen Teil der finanziellen Ressourcen umleiten». Mittel der Atomforschung wären da besser angelegt. Allianzen sind dann über Europa hinaus mit den «Akteuren der Zivilgesellschaft aus Norden und Süden» zu finden.

Gelingt der Aufbruch nicht, wird sich die bestehende *Ungerechtigkeit* mit absehbaren *ökologischen Krisen* verschärfen: «Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die bitteren Auswirkungen des Klimawandels die Länder und Menschen am ersten und am heftigsten treffen, die am wenigsten zu ihm beitragen.» In mittleren und hohen Breiten mögen Industrieländer von einer Erwärmung der globalen Mitteltemperatur zum Teil sogar profitieren. Andernorts sind Dürren, Stürme, Wassermangel, Ansteigen des Meeresspiegels längst keine Naturschutzthemen mehr, sondern Teil einer verhängnisvollen Dynamik mit «landwirtschaftlichem Niedergang, sozialer Erosion und Vertreibung aus der Heimat». Sich davon nicht betroffen zu fühlen, wäre mehr als nur unerträglich zynisch.

Die ökologisch-ökonomische Ausplünderung hat auch eine gefährliche «*Selbsttäuschung der Wohlhabenden*» zur Folge. Den reichen Ländern gelingt es zwar, «grössere geografische Distanz zwischen die Orte zu legen, wo die Wohlstandsvorteile, und jene anderen, wo die Umweltbelastungen anfallen». Es wird «mit überlegener Geste» auf günstigere Umweltdaten verwiesen. Aber «was lokal aufatmen lässt, stellt sich global als Trugschluss heraus». Nicht nur verschärft sich die Lage mit «neuen Verbraucherländern» wie China und Indien rasant. Bei genauem Hinsehen verschwimmt die Grenze zwischen Norden und Süden ohnehin. Vieles deutet darauf hin, dass die Trennlinie zwischen globalisierten Reichen und lokalisierten Armen zunehmend «jedes einzelne Land durchzieht, wenn auch in unterschiedlichem Ausmass und in unterschiedlichen Proportionen.»



Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. Ein Report des Wuppertal Instituts. Verlag C. H. Beck, München 2005, 278 Seiten, CHF 34.90